

Eine Lehre statt Leerlauf in der Nothilfe

Integrieren statt parkieren

Mit Slogans wie "integrieren statt parkieren" oder "Motion Markwalder jetzt!" forderten heute Lehrlinge, Ausbilderinnen und Sympathisanten den Bundesrat auf, endlich eine Sonderregelung für Asylsuchende auszuarbeiten, die nach einem negativen Asylentscheid trotz jahrelangen Integrationsbemühungen von jetzt auf gleich ihre Berufslehre abbrechen müssen. Die friedliche Kundgebung fand im Rahmen der "Bundesratsreise" statt. Am Vormittag hatten sich die LandesvertreterInnen mit Riggisberger Schülern auf dem Gelände der "Abegg-Stiftung" zu einem Austausch getroffen.

Betroffene wollen arbeiten, nicht herumsitzen

Die zwangsweisen Ausbildungsabbrüche betreffen Menschen, die in den Jahren 2014-2016 - also noch unter dem alten Asylregime - in die Schweiz gelangt waren. Bereits 2019 betrug die Zahl derer, welche im Kanton Bern ihre Ausbildung abbrechen und stattdessen bar jeder Perspektive in der Nothilfe leben mussten, über 60 Berufsschüler; im Jahr 2020 wird es eine ähnlich hohe Anzahl Lehrlinge treffen. Die überwiegende Anzahl der Betroffenen stammt aus Eritrea, dem Tibet, Äthiopien, dem Irak oder Afghanistan, aus Ländern also, in welche sie wegen der unsicheren Verhältnisse nicht freiwillig zurückkehren werden und wohin sie auch nicht zwangsweise zurückgeschickt werden können. Diesen sogenannten Langzeit-Nothilfe-Bezügerinnen ist es verboten, zu arbeiten. Ohne Beschäftigung werden sie - falls die Gesetzeslage sich nicht ändert - die kommenden Jahre in "Rückkehrzentren" zubringen. Eine unsinnige Praxis für Auszubildende, Lehrmeister und Schulen, die viel in die Integration dieser Menschen investiert haben.

Breiter Konsens, aber bislang keine Resultate

Politiker von links bis rechts sind sich darüber einig, dass die herrschende Praxis nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die oft kleinen Ausbildungsbetriebe eine Zumutung ist. Leider aber hat der Bundesrat am 1. Juli eine Motion von Christa

Markwalder/FDP, welche die bisherige Praxis ändern wollte, negativ beantwortet. Damit zeigte er sich genauso unflexibel, wie zuvor schon bei ähnlichen Vorstössen, eingereicht von den Nationalräten Grossen (GLP) und Vogler (CSP).

Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament die Praxis in der kommenden Session anpasst und den Lehrlingen, oft in Mangelberufen wie der Pflege, im Handwerk oder der Gastronomie tätig, so eine Möglichkeit gibt, ihre bereits begonnenen Ausbildungen erfolgreich abzuschliessen. Ohne eine Praxisänderung werden Integrationsprogramme für Asylsuchende, für Lehrbetriebe und Auszubildende trotz aller Bemühungen der Behörden und Verbände kaum den Erfolg zeitigen, den man sich mit deren Lancierung erhofft hatte.

Dass eine Praxisänderung Sinn macht, bekräftigte im März 2020 sogar der Präsident der SVP, Albert Rösti. Zwei Lehrmeistern, welche ihn über die missliche Lage, in die ihre Betriebe wegen der geltenden Praxis geraten waren, informierten, antwortete er entsprechend (Brief in der Beilage).

<https://www.ag-nothilfe.ch/zwangslehrabbrueche>

<https://www.unapprentissage-unavenir.ch/de/>

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203322>

Jürg Lüthi und Jürg Schneider Riggisberg 3. Juli 2020